

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1989)
Heft: 8: Europa 92

Artikel: Die Wanderfreiheit hört an der Schweizer Grenze auf
Autor: Grossi, Guglielmo / Bollinger, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584190>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



DIE WANDERFREIHEIT HÖRT AN DER SCHWEIZER GRENZE AUF

Die ImmigrantInnen-Organisationen in der Schweiz sind ganz klar für die EG. Welche Vorteile «1992» den ImmigrantInnen in den EG-Ländern und welche Nachteile sie hingegen denen in der Schweiz bringen wird, erklärt im folgenden Interview GUGLIELMO GROSSI, Präsident der FCLIS (Federazione delle Colonie Libere in Svizzera).

BB: Die italienischen ImmigrantInnen in der Schweiz werden mit «Europa 92» in zweifacher Hinsicht konfrontiert sein: Als italienische Staatsangehörige und als EinwohnerInnen eines Landes, das nicht Mitglied der EG ist.

GG: Die ItalienerInnen in der Schweiz sind stabil geworden: Mehr als die Hälfte ist hier geboren (oder hier aufgewachsen), die andere Hälfte ist seit 10, 20, 30 oder noch mehr Jahren in der Schweiz. Nach Pass und «Zugehörigkeitsgefühl» ist zwar die Bezeichnung italienische Staatsangehörige richtig, sie haben jedoch einen grossen Teil ihres Lebens in der Schweiz als Fremde verbracht (und viele werden es wahrscheinlich ganz hier verbringen). Das ist eines der grössten Gegenwartsprobleme Europas, das über 16 Millionen Menschen zählt, die unter dem Status Ausländer leben.

Darum sind all die «AusländerInnen» der EG, die aus einem der Länder der Gemeinschaft emigriert sind, die ersten, die auf kultureller und politischer Ebene (auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene ist alles komplizierter und unsicherer) von der europäischen Integration profitieren werden. Für die ItalienerInnen in der Schweiz – wie auch für die SpanierInnen, PortugiesInnen, GriechInnen usw. – wird es jedoch zu einer «passiven Diskriminierung» kommen.

BB: Was meinst du mit «passiver Diskriminierung»...

GG: Alle ItalienerInnen, die sich in den 11 Ländern der EG niedergelassen haben, werden in den neunziger Jahren einige Rechte bekommen wie das kommunale Wahlrecht, die Anerkennung der Berufsausbildung und der Studiendiplome, die Freizügigkeit der Sozialleistungen und – in der langfristigen Perspektive der politischen Einheit Europas – das allgemeine Stimm- und Wahlrecht. Einige dieser Verbesserungen gehen sicher zu wenig weit. Für die Familien hingegen, denen es um eine Identität geht, sind sie sehr wichtig. Darüberhinaus

geben sie die Sicherheit, dass mit den erwarteten Verbesserungen auf längere Frist die Aufhebung des Status «Ausländer» erfolgen wird.

So werden wir als AusländerInnen, die aus einem EG-Land kommen, in diesem Sinne «passiv diskriminiert», genauso wie alle AuslandschweizerInnen gegenüber den ImmigrantInnen der EG-Länder es sein werden.

BB: Was unternimmt ihr von der FCLIS und den anderen Organisationen der ItalienerInnen in der Schweiz auf 1992 hin?

GG: Gerade wegen diesen Verbesserungen würden wir einen Beitritt der Schweiz zur EG befürworten. Wir müssen feststellen, dass die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EG oder den einzelnen EG-Ländern sich nur um wirtschaftliche Fragen drehen. Natürlich sind für uns ImmigrantInnen auch diese wichtig, denn eine Benachteiligung der Schweiz auf den Exportmärkten würde sich auf die Beschäftigung auswirken und ganz direkt auf die Arbeitsplätze der ImmigrantInnen.

Aus diesem Grund haben die FCLIS und der CNI (Koordinationsstruktur der italienischen Organisationen in der Schweiz) bei den Schweizer Behörden sowie bei italienischen Politikern auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, die europäischen Integrationsprozesse zu vereinheitlichen, damit keine neuen Ungleichgewichte inner- wie ausserhalb der EG entstehen. Was wir jedoch mit der Legitimität der Direktbetroffenen mit Bestimmtheit fordern, ist, dass bei den Kontakten zwischen Italien und der Schweiz sowie zwischen den Instanzen der EG und der Schweiz die Sozialfragen und die Rechte der ImmigrantInnen mit den Wirtschaftsfragen angegangen werden.

BB: Welches sind deiner Meinung nach die dringendsten Probleme?

GG: Dringend ist es einmal, dass wir AusländerInnen, die aus einem EG-Land kommen, auch

auf helvetischem Boden an den Wahlen für das Europaparlament teilnehmen können. Das Ganze ist sehr dringend, weil die Erneuerungswahlen bereits im Juni stattfinden.

Dann gibt es noch die sozialen Fragen, die von sich aus schon dringend sind: Die Abschaffung des Saisonniers-Statuts, die Gleichbehandlung und das Recht auf eine endgültige Niederlassung. Dazu noch die volle Freizügigkeit aller Sozialversicherungen.

Nicht weniger dringend ist für uns ein Mitmachen der Schweiz bei den Bestrebungen der EG, die verschiedenen Berufsausbildungen und die Studien-Diplome zu anerkennen.

BB: Und das Mitspracherecht, die politischen Rechte...

GG: Das ist das Grundproblem aller niedergelassenen ImmigrantInnen, vor allem der Zweiten und folgenden Generationen. Seit über 10 Jahren setzen wir uns mittels Petitionen an Gemeinden und Kantone für die Realisierung der politischen Rechte auf Gemeindeebene ein. Wir finden, dass dies ein gutes Mittel ist, um eine bewusste und aktive Integration zu gewährleisten. In der EG wird ab 1993 dieses Recht allen ImmigrantInnen gewährt, die aus EG-Ländern kommen. Wir riskieren hier in der Schweizer Politik am Rande zu bleiben, und das in einem Land, das selber stark Gefahr läuft, in Wirtschaft, in Politik und im Prozess der künftigen sozialen und kulturellen europäischen Integration marginalisiert zu werden.

Unsere Forderungen an die betreffenden Institutionen (italienische, schweizerische und europäische) ist, dass bezüglich Wahlrecht auf Gemeindeebene – wie auch für alle Rechte auf allen Gebieten – bilaterale oder multilaterale Abkommen in gegenseitigem Einvernehmen abgeschlossen werden. Auf der Ebene der politischen Mitsprache gibt es noch das Problem der Staatsbürgerschaft. Ab 1992 und bei allen folgenden Schritten der europäischen Integration können die EG-internen MigrantInnen bereits jetzt für sich

und ihre Kinder die Möglichkeit voraussehen, dass ihr Ausländerdasein aufgehoben wird. Für uns hier in der Schweiz wird es hingegen noch komplizierter. Dies gilt insbesondere für die Jungen der zweiten Generation, die berechtigterweise jetzt erst recht nicht auf ihre ursprüngliche Nationalität verzichten möchten, die bereits morgen eine europäische Staatsbürgerschaft bedeuten wird, mit all den Freiheiten, kulturellen Bedeutungen und Vorteilen, die diese mit sich bringt.

Bereits 1988 sind die Einbürgerungsgesuche seitens AusländerInnen aus EG-Staaten stark zurückgegangen. Wir gehen davon aus, dass es wahrscheinlich lange dauern wird, bis die Schweiz der EG beitrifft. Darum ist für uns und insbesondere für die zweite Generation die Realisierung der Doppelbürgerschaft von grosser Bedeutung. Auf der einen Seite ist es nicht mehr als recht, dass Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind, nicht ihr ganzes Leben als AusländerInnen verbringen müssen. Die andere Seite ist die kulturelle: Das Gefühl der doppelten Zugehörigkeit, das sich auf das einer Identität als europäischer Staatsangehöriger ausweitert, ist etwas, das respektiert, geschützt und verteidigt werden sollte, gerade auch im Hinblick auf eine stärkere Bedeutung der Beziehungen mit dem vereinigten Europa.

BB: Vasco Pedrina, Zentralsekretär der GBH, betont, dass in einer langfristigen Perspektive die Gewerkschaftsbewegung sich das Problem stellen sollte, wie vom System der Kontingentierung wegzukommen ist. Ein System, das mit der freien Zirkulation auf europäischer Ebene überhaupt nicht zu vereinbaren ist. Was denkst du darüber?

GG: Ich bin einverstanden. Und ich glaube auch, dass diese Überlegungen nicht bloss langfristig gemacht werden sollten. Aus verschiedenen Gründen ist vorauszusehen, dass die Leute aus europäischen Ländern weniger Interesse an einer Einwanderung in die Schweiz haben

werden. Dies können wir bereits jetzt bei den ItalienerInnen feststellen. Im übrigen glaube ich, dass auch die neue Haltung des BIGA, nämlich die Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte zu bevorzugen, nicht leicht zu realisieren sein wird. In diesem Zusammenhang ist es nicht unwichtig zu wissen, dass auch in Italien ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften herrscht und dass viele italienische Firmen in den europäischen Ländern nach Ingenieuren Ausschau halten. Mit anderen Worten, im Prozess der nun anlaufenden europäischen Integration ist eine Politik der Einwanderungsbeschränkung und der Kontingentierung bereits jetzt nutzlos.

Eine ganz andere Frage ist die der Einwanderungen aus den armen Ländern. Das ist aber ein Problem, das sich auf europäischer Ebene stellt und nicht von einem Land alleine gelöst werden kann. Das ist eine Frage, wo es eine klare Trennung in der Politik der Rechten und der Linken gibt. Sich auf den eigenen Garten zu beschränken, wird in Zukunft bedeuten, dass man in den Diskussionen über viele europäischen Fragen gar nicht dabei sein wird.

Das Interview mit Guglielmo Grossi führte Bruno Bollinger für die italienische Zeitung der GTCP, «Il sindacato». (Die Gewerkschaft / il sindacato, Nr. 2, 1. März 1989).